

STADT LIPPSTADT

BEBAUUNGSPLAN NR. 129

KERNSTADT

2. ÄNDERUNG JOSEFSTRASSE / AM SCHWIBBOGEN

ERKLÄRUNG DER PLANZEICHEN UND TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

= Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

Zulässig sind gemäß Abs. 2 Wohngebäude. Nicht zulässig sind die Nutzungen gem. Abs. 2 und die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. Abs. 3.

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

gemäß §§ 16 - 21a BauNVO

 Geschossflächenzahl = Grundflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

0.4

max. Firsthöhe, bezogen auf OK Straße vor dem Gebäude

= Je Wohngebäude sind max. 2 Wohnungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB zulässig.

BAUWEISE, BAUGRENZEN gemäß §§ 22 und 23 BauNVO



Offene Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig



Überbaubare Grundstücksfläche

= Baugrenze

SONSTIGE PLANZEICHEN

= Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gemäß § 9 Abs. 7

SONSTIGE FESTSETZUNGEN

Garagen gemäß § 12 BauNVO sind gemäß § 12 Abs. 6 BauNVO ab einem Mindestabstand von 5,00 m gemessen von der Straßenbegrenzungslinie zulässig.

ZUORDNUNG VON FLÄCHEN UND MASS-NAHMEN ZUM AUSGLEICH VON EIN-**GRIFFEN IN NATUR UND LANDSCHAFT**

gemäß § 9 Abs. 1a BauGB

Den schraffierten und mit A gekennzeichneten Flächen werden als Ausgleich die Flächen und Maßnahmen auf den folgenden von der Stadt Lippstadt bereitgestellten Flächen zugeordnet:

Gemarkung Hörste, Flur 5, Flurstücke 148, 167 und 190 südlich Hörster Straße, östlich der Straße Am Lämmerbach

Flächengröße: 4014 gm Stadt Lippstadt Eigentümer:

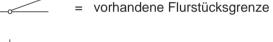
Umwandlung von 4014 qm Acker in Extensivgrünland Pflanzung von 8 Kopfbäumen (Salix alba, Salix viminalis) als 8-10er

Anlage einer 4-reihigen Hecke aus standortgerechten Laubgehölzen entlang der Hörster Straße

Zuordnungsgröße: Für den Bebauungsplan Nr. 129 werden 3090 qm Ausgleichflächen

Von der Zuordnung betroffene Flächen

SONSTIGE DARSTELLUNGEN



GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN

gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 86 BauONW

a) Zulässige Dachform und Dachneigung

= vorhandener Höhenpunkt über NN 76.45m

SD = Satteldach/Walmdach mit einer Dachneigung von 45 - 55° ZD/WD = Zeltdach mit einer Dachneigung von 15 - 30°

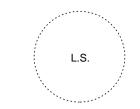
b) Dachaufbauten, Dacheinschnitte Die Länge der Dachaufbauten und Dacheinschnitte darf in der Summe 2/3 der Dachlänge nicht überschreiten. Von Dachgrate, Dachkehlen und Gesimsen haben Dachaufbauten bzw. -einschnitte einen Mindestabstand von 1,50 m einzuhalten.

HINWEIS

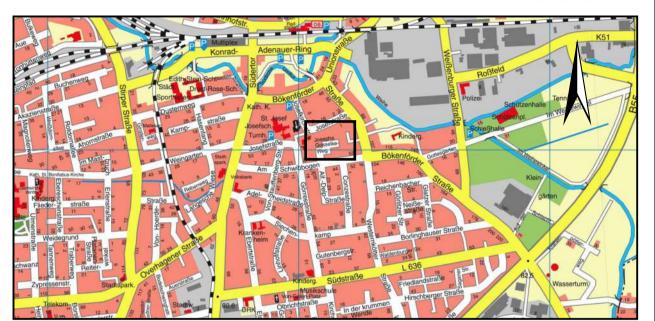
- Für den im Bebauungsplan gekennzeichneten Bereich sind bei der Bebauung folgende
- Nach dem Ergebnis einer Gefährdungsabschätzung sind bei der Bebauung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, folgende Maßnahmen erforderlich:
- -Aushubmaterial ist hinsichtlich des Entsorgungsweges gutachterlich zu bewerten. -Bei der Bebauung ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die vorhandenen Methanausgasungen nicht in Gebäude oder sonstige Räume eindringen
- können und explosive Methangasgemische entstehen können. -Bei den auch an der Oberfläche belasteten Böden ist durch geeignete Maßnahmen (Bodenauftrag, Versiegelung) sicherzustellen, dass ein Kontakt mit dem belasteten Bodenmaterial ausgeschlossen ist.
- -Bei der Bebauung der Flächen, deren Böden mit erheblich umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, können Schutz-, Sicherungs- oder Sanierungsmaßnahmen und Vorkehrungen erforderlich werden, die mit zusätzlichen Kosten für die Bauherren
- 2. Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde als untere Denkmalbehörde und/oder dem Westf. Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761-93750 FAX: 02761-2466) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).
- 3. Wenn bei der Durchführung von Erdarbeiten der Bodenaushub eine Verfärbung aufweist oder verdächtige Gerüche oder Gegenstände festgestellt werden, sind die Arbeiten sofort einzustellen und das Bauaufsichtsamt zu verständigen.

Der Bebauungsplan besteht aus dem Titelblatt (Blatt 1) und einem Kartenblatt (Blatt 2). Die Zusammengehörigkeit ist auf den einzelnen Blättern beurkundet.

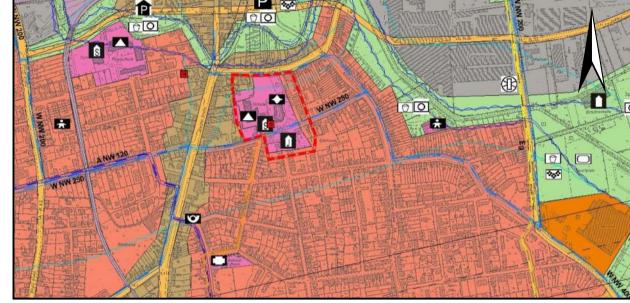
Lippstadt, den 24.01.2012



Der Bürgermeister Im Auftrag



BLATTEINTEILUNG Geltungsbereich: Kreis Soest, Stadt Lippstadt Gemarkung Lippstadt; Flur 48



AUSZUG AUS DEM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

M.: 1:10000

M.: 1:15000

STADT LIPPSTADT

BEBAUUNGSPLAN NR. 129 2. ÄNDERUNG JOSEFSTRASSE / AM SCHWIBBOGEN

Titelblatt

Plan - Nummer

geändert am: geändert am:

Erstellt am: 23.01.2012

01. 129 - 2

PLANUNTERLAGE

Die Planunterlage dieses Bebauungsplanes wurde unter Verwendung amtlicher Unterlagen des Liegenschaftskatasters und aufgrund örtlicher Ergänzungsmessungen angefertigt. Sämtliche Darstellungen entsprechen dem gegenwärtigen Zustand und stimmen mit dem Liegenschaftskataster vom heutigen Tage überein. Es wird bescheinigt, dass die Planunterlage den Anforderungen des § 1 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. I S. 58 vom 22. Januar 1991) entspricht.

Lippstadt, den 24.01.2012

Fachdienst Geo Service und Wertermittlung

gez. Kißler Fachdienstleiter

Fachdienst

L.S.

Im Auftrag

Es wird bescheinigt, dass die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig

Der Bürgermeister

gez. Horstmann

Lippstadt, den 24.01.2012

gez. Horstmann

DER RAT DER STADT LIPPSTADT HAT GEMÄSS

Die Beteiligung der Betroffenen an der Bauleitplanung gemäß § 13 BauGB hat vom

(Horstmann) Fachbereichsleiter

Der Bürgermeister

Im Auftrag

INKRAFTTRETEN

Lippstadt, den 21.05.2012

die 2. Änderung des Bebauungsplanes in Kraft.

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes habe ich gemäß § 10 BauGB am 19.05.2012 in der Tageszeitung "Der Patriot" öffentlich bekanntgemacht. Mit der Bekanntmachung tritt

§ 13 in Verbindung mit § 3 Abs.2 BauGB in der Sitzung vom 26.03.2012 die vorgebrachten Bedenken und Anregungen geprüft und die 2. Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 10

BÜRGERBETEILIGUNG

02.01.2012 bis 03.01.2012 stattgefunden.

gez. Rubart gez. Sommer Der Bürgermeister

Blatt 1

Der Bürgermeister

gez. Sommer

Der Bebauungsplan besteht aus 3 Blättern

Fachbereichsleiter

Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen

STÄDTEBAULICHE PLANUNG

Für die städtebauliche Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfes.

gez. Horstmann

vom 22.03.2012 die Durchführung der 2. Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Lippstadt, den 23.03.2012 Stadtplanung und Umweltschutz

Lippstadt, den 24.01.2012

gez. Voigt (Voigt) kom. Fachdienstleiter

ÄNDERUNGSBESCHLUSS

GEOMETRISCHE FESTLEGUNG

Fachbereichsleiter

Im Auftrag

gez. Horstmann

Fachbereichsleiter

Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Lippstadt hat gemäß §13 BauGB in der Sitzung Der Bürgermeister

BauGB als Satzung beschlossen. Lippstadt, den 27.03.2012